

Union setzt auf europaweite Finanztransaktionssteuer

Dautzenberg lehnt nationalen Alleingang ab

Börsen-Zeitung, 7.12.2010
wf Berlin – Die Fraktion der CDU/CSU im Bundestag unterstützt Arbeiten an einem Entwurf zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer, setzt aber auf geschlossenes europäisches Vorgehen. „Unter fiskalischen Gesichtspunkten ist es sinnvoll, dass das Bundesfinanzministerium die Arbeiten zur Finanztransaktionssteuer aufnimmt“, sagte der finanzpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Leo Dautzenberg (CDU), der Börsen-Zeitung. „Wir können die Finanztransaktionssteuer aber nur europäisch abgestimmt einführen. Nationale Alleingänge verbieten sich.“

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat in seinem Haus den Auftrag erteilt, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten (vgl. BZ vom 4. Dezember). Dazu hat es bereits Konsultationen mit den betroffenen Branchen gegeben: Kreditwirtschaft sowie Fonds- und Derivatebranche. Auch Schäuble lehnt einen nationalen Alleingang ab, will aber die Länder überzeugen, eine solche Steuer in der EU einzuführen – mindestens in der Eurogruppe. Schäuble hat von

2012 an jährlich 2 Mrd. Euro an Einnahmen aus dieser Steuer in das Sparpaket der Regierung zur Konsolidierung des Haushalts eingestellt.

Vorbild könnte die frühere deutsche Börsenumsatzsteuer sein, die 1991 mit dem ersten Finanzmarktförderungsgesetz abgeschafft worden war. Das Aufkommen betrug 1990, im letzten Jahr, in dem die Steuer erhoben wurde, umgerechnet 422 Mill. Euro. Der Steuersatz lag zwischen 1 und 2,5 % des Kurswertes je nach Wertpapierart.

Unterstützung kommt aus Wien. Das österreichische Bundesfinanzministerium macht sich ebenfalls für eine solche Steuer stark. Der Steuersatz soll nach den Vorstellungen dort zwischen 0,01 % und 0,05 % liegen und Transaktionen mit Aktien, Schuldverschreibungen und Derivaten erfassen. In einer Bundestagsanhörung im Frühjahr hatte das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung bei einem Steuersatz von 0,01 % europaweite Einnahmen von 70 Mrd. Euro prognostiziert, davon allein für Deutschland 12 Mrd. Euro.